

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig  
Bei Zeitungsabnehmern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen  
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatlich, drei Haus 2,50 M. (Halbmonatlich 1,25 M.) durch die Post bezogen monatlich 2,20 M. (ohne Aufschlaggebühren) / Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-21 / Verlagsstelle u. Expedition: Mühlentorstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachkonto: Dresden Nr. 18 690, Dresdener Verlagsgesellschaft / Schriftleitung: Dresden-21, Mühlentorstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwochs 16-18 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr

Anzeigenpreis: Die neunmal gepaltene Normalzeile oder deren Raum 0,35 RM. für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Restzeile einschließlich an den dreispaltigen Teil einer Tageszeitung 1,50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-21, Mühlentorstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Vierterung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang

Dresden, Mittwoch den 17. Oktober 1928

Nummer 244

## Das terrorisierte Volksbegehren

Wissell erklärt schlesischen Schiedsspruch für verbindlich / Die SPD-„Reform“ des Schlichtungswesens entlarvt

### Dittmann gibt zu . . .

Das Volksbegehren ist beendet. Zu Hunderttausenden sind die Arbeiter in den letzten Tagen in den Einzelzeichnungslokalen erschienen, um mit ihrer Unterschrift zu bezeugen, daß sie sich zu dem von der gesamten Bourgeoisie, von der gesamten Sozialdemokratie bekämpften Volksbegehren gegen imperialistische Kriegsrüstungen bekennen. Trotzdem, trotz der wachsenden Beteiligung der letzten Tage, die allem Anschein nach bei einem weiteren Termin des Volksbegehrens sich noch gewaltig weiter gesteigert hätte, wird die Zahl der öffentlichen Einzelzeichnungen nicht die 4,2 Millionen, die die bürgerliche Demokratie zur Einleitung des Volkentscheids fordert, erreichen.

Die Imperialisten und Militaristen werden den zahlenmäßigen Mißerfolg des Volksbegehrens mit einem Gefühl der freudigen Erleichterung begrüßen. Sie haben schon während der Vorbereitung des Volksbegehrens die unschätzbaren Dienste, die die Sozialdemokratie dem deutschen „Vaterland“ bei der Bekämpfung des Volksbegehrens geleistet hatte, gebührend anerkannt und gewürdigt. Sie werden auch jetzt, nach dem Volksbegehren, die Rolle, die die Reformisten gespielt haben, richtig einschätzen. In der Erkenntnis, daß die reformistischen Führer alle Kriegsrüstungen und Kriegsvorbereitungen der Bourgeoisie unterstützen, alle Aktionen der revolutionären Arbeiterpartei, des revolutionären Proletariats gegen den imperialistischen Krieg zu durchkreuzen versuchen und mit den Mitteln der Lüge, der Verleumdung, des Terrors bekämpfen werden, wird das imperialistische Trustkapital in der Zukunft frecher denn je seine Forderungen auf erhöhte Rüstungen und verringerte Löhne stellen.

Die sozialdemokratischen Führer möchten in das Freundschaftsgeheimnis der Bourgeoisie einstimmen. Sie, die das Volksbegehren gegen imperialistische Kriegsrüstungen mit Recht als eine auch gegen die Verräterpolitik der Reformisten gerichtete Bewegung ansahen, wissen der Bourgeoisie ihrerseits Dank, daß sie durch das Loschweigen des Volksbegehrens, durch die behördliche Sabotage, durch den offenen Terror auf dem Lande und den verhängten in den Städten, die Möglichkeit einer Durchführung des Volksbegehrens in weitestem Maße verhindert hatten. Die Sozialimperialisten möchten das zahlenmäßige Ergebnis des Volksbegehrens als einen Beweis für „die Ohnmacht der KPD“ ausschlagen. Aber gerade dieser Versuch zwingt sie zu Feststellungen, die den Sinn dieser Zahlen am besten beleuchten.

In einem „Die Ohnmacht der KPD“ betitelten Aufsatz im Vorwärts vom 16. Oktober schreibt Wilhelm Dittmann mörderisch:

„Wer hingung zum Einzelzeichnen, mühte sich also öffentlich mit eigenhändigem Namenszuge als Kommunist bekennen. Mehr als die Hälfte der kommunistischen Wähler bei der geheimen Reichstagswahl ist davor zurückgeschreckt.“

Mit diesen Worten sagt Dittmann nichts mehr und nichts weniger, als daß die Einzelzeichnung gegen Panzerkreuzerbau im Deutschland der Hindenburg und Groener, im Deutschland der Hermann Müller und Severing so viel bedeutet, daß man sich damit als Kommunist bezeichnet. Die Kommunistische Partei ist also nach dem sozialdemokratischen Eingeständnis die einzige Partei, die den Kampf gegen imperialistische Kriegsrüstungen führt. Dittmann, der „Mutige“, wundert sich, daß die Hälfte der kommunistischen Wähler vor der öffentlichen Einzelzeichnung zurückgeschreckt sind. Welche Niedertracht, welche schamlose Heuchelei liegt in diesen Worten Dittmanns! Was ist denn der Sinn des geheimen Wahlrechts überhaupt, wenn nicht die Beseitigung des Wahlterrors, dem der Landarbeiter, der Kleinbauer, aber auch der Betriebsarbeiter bei öffentlichen Wahlen restlos preisgegeben wird? Ist doch nur allzu bekannt, daß die Bezeichnung „Kommunist“ heute genügt, damit der Betriebsarbeiter auf die Straße steigt, — von den Landarbeitern, Kleinbauern, Beamten und Angestellten gar nicht zu reden!

Unter diesen Umständen muß man das zahlenmäßige Ergebnis des Volksbegehrens genau umgekehrt als es die Bourgeoisie und die Agenten der Imperialisten vom Schicksal der Dittmann, Künzler u. Co. tun, einschätzen. Angesichts der Tatsache, daß jeder, der sich öffentlich gegen den Panzerkreuzerbau und gegen imperialistische Kriegsrüstungen einzeichnet hat, sich damit zur kommunistischen Partei bekannete, ist der zahlenmäßige Erfolg

ein leuchtender Beweis für die revolutionäre Gesinnung und den persönlichen Mut aller Arbeiter und Werktätigen, die sich am Volksbegehren beteiligten.

Falsch und verlogen ist der Vergleich von Dittmann zwischen den Einzelzeichnern am Volksbegehren und den Wählern bei der öffentlichen Stimmabgabe zum Preussischen Landtag in der Vorkriegszeit. Das Bekenntnis zum Kommunismus ist heute unvergleichlich gefährlicher als es das Bekenntnis zur Sozialdemokratie in der Vorkriegszeit war. Unter den konkreten Umständen, daß das Volksbegehren von der gesamten bürgerlich-sozialdemokratischen Presse als eine kommunistische Aktion teils totgeschwiegen, teils bekämpft wurde, gekümmert sich das Volksbegehren in der Tat zu einem Bekenntnis zum revolutionären Kampf gegen den imperialistischen Krieg und für die Verteidigung der Sowjetunion unter der Führung der KPD. In diesem Sinne ist das Ergebnis als mutiges trotziges öffentliches Kampfbekenntnis gegenüber dem Terror und den Drohungen der Ausbeuter nicht zu vergleichen mit dem Ergebnis der Reichstagswahlen und zwar davon, daß unter den Millionen Sympathisierender sich fast die Hälfte auch bereit erklärt, Opfer für ihre revolutionäre Gesinnung zu bringen.

Es genügt aber nicht, wenn wir uns bei der Bewertung des Ergebnisses bloß auf die Bewertung der Zahlen beschränken. Der große Erfolg des Volksbegehrens, der trotz allem bürgerlichen und reformistischen Geschrei steht, liegt vor allem in der praktisch geleisteten Arbeit, der Aufwählung und Aufrüstung der Massen gegen die Kriegsvorbereitungen der Imperialisten und gegen die Panzerkreuzerpolitik der reformistischen Führer. In dieser Beziehung war der Erfolg dieses ersten Appells,

dieses ersten Schrittes zur Mobilisierung der werktätigen Massen, viel größer, nämlich tiefer und dauerhafter als er sich in den Zahlen ausdrückt. Die Krise der Sozialdemokratie, die durch den Panzerkreuzerbeschluß ausgelöst wurde, kommt heute äußerlich weniger zum Ausdruck als in den ersten Wochen der offenen Rebellion der SPD-Mitgliedschaft. Dieser Schein darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Krise des Sozialimperialismus unaufhaltsam weiter besteht, und

nach den unvermeidlich kommenden neuen Panzerkreuzerbeschlüssen der SPD-Führung sich wieder in Empörungskürmen entladen

muß. Diese Krise wurde von der kommunistischen Partei durch das Volksbegehren wesentlich beeinflusst. Zwar ist es zahlenmäßig nicht festzustellen, wieviel sozialdemokratische Arbeiter sich am Volksbegehren beteiligten, doch dürfte ihre Zahl zweifellos viele Tausende betragen. Und das ist angesichts des Umstandes, daß jede Einzelzeichnung als Bekenntnis zum Kommunismus galt, ein Faktor von nicht hoch genug einzuschätzender Bedeutung, ein erster Erfolg der revolutionären Einheitsfront von unten gegen die imperialistische Kriegspolitik.

Zum erstenmal drangen wir mit unseren revolutionären Kampflosungen gegen den imperialistischen Krieg, für die Sowjetunion, in werktätige Schichten ein, die bisher durch die kommunistische Agitation und Propaganda überhaupt nicht beeinflusst wurden. Tausende neue, zum Teil aus der SPD ausgetretene, Mitglieder der KPD, Tausende von neuen Lesern der Parteipresse sind weitere zahlenmäßige Beweise dafür, daß die Partei durch die in kurzen 2 Monaten geleistete Arbeit ihren Einfluß nicht nur

## Ein neues Betrugsmanöver

Die „Reform“ des Schlichtungswesens

Berlin, 17. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.)

Gestern fand im Reichsarbeitsministerium die bereits auf dem ADGB-Kongress angekündigte Konferenz zur Reform des Schlichtungswesens statt, die sich gemäß unseren Voraussetzungen als ein Schwindel und Betrug gegenüber den Arbeitern entpuppte. Der „Vorwärts“ berichtet darüber:

„Nachdem die Vertreter der Organisationen ihre Auffassung über die Schlichtungsfrage zum Ausdruck gebracht hatten, sagte der Reichsarbeitsminister das Ergebnis der Konferenz dahin zusammen, daß die Vereinfachung des Schlichtungswesens von allen Parteien einseitig und uneingeschränkt anerkannt worden sei. Eine Vereinfachung der Verbindlichkeitsklärung und Hebung der Verbindlichkeitsklärung sei von keiner Seite beantragt worden. (1) Um einzelne Mängel des Schlichtungswesens zu beseitigen, wäre es vielleicht angebracht, den Begriff „öffentliches Interesse“ etwas schärfer zu fassen und die Voraussetzungen für ein Eingreifen der amtlichen Schlichtungsorgane von Amts wegen festzulegen.“ (1)

Dieser Bericht enthält selbst ein weiteres strapaziertes Betrugsmanöver der SPD-Führer, die unter dem Druck der Erbitterung über die Schwärzung ihrer Wirtschaftskämpfe durch das Schlichtungssystem ihren Wählern eine „gründliche Reform“ des Schlichtungswesens ankündigten. Sie erwiderten und stärkten damit bei den Arbeitern die Illusion, daß eine solche „Verbesserung“ in der Vereinfachung der Verbindlichkeitsklärung bestehen könnte. Jetzt lagern die reformistischen Betrüger selbst, daß sie niemals eine Vereinfachung der Verbindlichkeitsklärung beantragen wollten. Sie haben dabei von ihrem Standpunkt aus recht. Wer grundsätzlich auf den Boden des Schlichtungswesens und damit des Wirtschaftstreibens steht, muß gerade die Verbindlichkeitsklärung wollen, denn diese ist das Kernstück der Schlichtungsordnung. Dasselbe Betrugsmanöver wie die sozialdemokratischen Reformisten haben natürlich auch die gelben christlichen Gewerkschaftsführer vollführt, um in den katholischen Gegenden die Arbeiter an sich zu fesseln.

### Vorläufige Resultate

Dresden. In die Listen zum Volksbegehren für das Panzerkreuzerverbot zeichneten sich nach vorläufiger Zählung 17 557 Einwohner ein.

Freital. In die Listen zum Volksbegehren trugen sich 5,6 Prozent der gesamten Wählerschaft, nämlich 1474 Einwohner ein. Davon entfielen auf Deuben-Niederhäslich 585, Döhlen-Baudersdorf 242, Burg 195 und Pollschappel-Birkigt 452 Personen.

In Heidenau beträgt die Zahl der Einzelzeichnungen 1275.

Auch diese „Arbeitervertreter“ enthüllen sich in dieser Frage. Das christliche Gewerkschaftsorgan „Der Deutsche“ tritt sehr offen für eine Verschärfung der Verbindlichkeitsklärung ein und erklärt, daß eine Forderung auf Verbindlichkeit nie in Frage kommen könne, denn, sagt „Der Deutsche“:

„Das Kernstück des staatlichen Schlichtungswesens ist die Verbindlichkeitsklärung der Schiedssprüche. Ohne letzteres ist das staatliche Schlichtungswesen ein Pöbel ohne Klinge.“

Damit trifft das gelbe Organ den Nagel auf den Kopf. Das wesentlichste am Schlichtungswesen ist die Aufhebung der legalen Streikfreiheit durch die Möglichkeit der Verbindlichkeitsklärung. Weil dem Arbeiter die Handhabung der Waffe des Streiks so erschwert wird, darum ist ja die Position der Unternehmer durch das Schlichtungswesen so gestärkt worden, darum sind ja auch die Unternehmer dafür. Mit dem Kernstück der Verbindlichkeitsklärung würde das ganze System fallen, und es würden wieder durch die Kräfte der Arbeiter Erfolge gegen das Unternehmertum errungen werden können. Es gibt nur ein Entweder — Oder. Entweder Beibehaltung des Schlichtungswesens und fortschreitende Verschärfung der Verbindlichkeitsklärung — oder Vereinfachung des Schlichtungswesens im Kampf, und damit Wiedereroberung der Streikfreiheit.

### Die Lohnpolitik der SPD

Wie es gemacht wird

Die sozialdemokratische Mühlentor Post bringt am 15. Oktober folgende Notiz:

„Der Aussperrungsbeschluß, den der rheinisch-westfälische Textil-Arbeiterverband über 200 000 Arbeiter und Arbeiterinnen verhängte, wird unwirksam sein, denn der Schlichtungsausschuss wird von Amts wegen eingreifen; er tritt am Dienstag zusammen. — Die von den Kommunisten so verurteilte „Schlichtungsdiplomatie“ hat eine Schlappe der Unternehmer herbeigeführt.“

Also, das Eingreifen des Schlichters, nach welchem Unternehmerblätter gerufen haben, ist für das sozialdemokratische Blatt ein „Sieg“ der Arbeiter. Die SPD-Führer fragen nicht danach, ob die Textilarbeiter eine Lohnzulage bekommen, die auch nur der gestiegenen Teuerung entspricht. Ehe ein Resultat bekannt ist, wird ein „Erfolg“ durch das Schlichtungswesen in die Welt hinausposaunt.

Wenn sich die Arbeiter nicht geschlossen gegen diese Politik der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer wenden, so werden sie von „Sieg“ zu „Sieg“ in das grauenhafte Elend hinarbeiten.